

„Das kostet die Bürger 200 Millionen Euro mehr“

Steuerzahlerbund kritisiert Reform der Ampelkoalition, die Kosten für kommunalen Straßenbau noch stärker auf Anlieger abwälze.

VON FLORIAN SCHLECHT

TRIER/MAINZ Bis 2024 will Rheinland-Pfalz hohe Einmalzahlungen für Anlieger verbieten, wenn Kommunen ihre Straßen ausbauen. Schicksale, bei denen arme Omas und junge Familien ihr mühsam Ersparnis auf den Kopf hauen müssen, um Schlaglöcher vor der Haustür zu flicken, sollen dann Geschichte sein. Der rheinland-pfälzische Steuerzahlerbund um Präsident Rainer Brüdeler attackiert die Ampelkoalition im

Land nun aber scharf. Geschäftsführer René Quante kritisiert, die Regierungsparteien verzichteten absichtlich darauf, ein Preisschild an die geplante Reform zu hängen. Geht es nach dem Steuerzahlerbund, wachsen die gesamten Belastungen für Bürger rasant an, wenn das Land künftig auf wiederkehrende Beiträge setzt. Denn diese werden auf mehreren Schultern verteilt. „Das Motto der Landesregierung heißt: Mehr Leute können auch eine größere Last tragen“, sagt Quante, der zum Rechenschieber griff, um die Behauptung zu beweisen.

Der Steuerzahlerbund sagt: Bis zu 200 Millionen Euro pro Jahr drohen rheinland-pfälzischen Anliegern nach der Reform zusätzlich an Kosten, wenn alle Kommunen sie künftig bei wiederkehrenden Beiträgen mit dem höchsten Anteil zur Kasse

bitten sollten. Kurios: Bei der Summe lehnen sich die Steuerzahler an von ihnen selbst als „astronomisch“ bezeichnete Schätzungen des Gemeinde- und Städtebundes an, der die Kosten des jährlichen kommunalen Straßenausbaus mittelfristig mit bis zu 600 Millionen Euro pro Jahr berechnet habe, wie Quante kritisiert. Der Steuerzahlerbund geht dagegen von 50 Millionen Euro aus, die der kommunale Straßenbau in Städten und Dörfern jedes Jahr braucht. „Stellt das Land auf wiederkehrende Beiträge um, entstehen aber selbst dann Mehrkosten von vier bis 17 Millionen Euro“, rechnet Quante, der von einer „erheblichen Belastung“ spricht, „egal, wie man es dreht und wendet“. Er fordert, die Straßenausbaubeiträge abzuschaffen und das Land dafür zahlen zu lassen.

Die Folgen der Reform malt Quante am Beispiel der Eltzstraße in Trier-Pfalz aus. „Statt bei einem Anliegeranteil von 50 Prozent etwa 813 400 Euro an einmaligen Ausbaubeiträgen von 48 Anliegern zu erheben, sollen rund 1400 Anlieger in Trier-Pfalz für das Eltzstraßen-Projekt bei einem Anlieger-Anteil von 70 Prozent insgesamt 1 138 760 Euro an wiederkehrenden Beiträgen aufbringen“, sagt er. Die durchschnittliche Beitragshöhe je Anlieger sinke so zwar von 17 000 auf rund 810 Euro. Die Belastung aller Betroffenen steige in der Summe aber insgesamt um 325 000 Euro. „Trier bietet einen bitteren Blick auf die Ampel-Reform“, sagt Quante.

SPD, FDP und Grünen wirft er vor, den Investitionsstau kommunaler Straßen „im noch stärkeren Maße



Wenn Straßen repariert werden, bitten die Kommunen in Rheinland-Pfalz die Anlieger zur Kasse. Flossen oft hohe Einmalzahlungen, soll sich das System ändern. Steuerzahlerbund und Eigentümern reicht das nicht.

FOTO: DPA

EXTRA

Sieben Länder verzichten auf Straßenbeiträge

Nach einer Auflistung des rheinland-pfälzischen Steuerzahlerbundes verzichten sieben Bundesländer darauf, kommunale Straßenausbaubeiträge zu erheben – Baden-Württemberg, Bayern, Berlin, Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern und Thüringen. In Sachsen-Anhalt sei das Aus besiegelt. Offen sei, ob es 2020 oder 2021 greife. Nordrhein-Westfalen übernimmt die Hälfte der kommunalen Straßenausbaubeiträge. Das Saarland, Hessen, Bremen, Nieder-

sachsen, Schleswig-Holstein und Sachsen stellten den Kommunen frei, Beiträge zu erheben. Rheinland-Pfalz will bis 2024 hohe Einmalzahlungen verbieten und auf wiederkehrende Beiträge umstellen, die auf mehrere Schultern verteilt sind. Für den einzelnen Anlieger fallen Kosten daher niedriger aus. Das Land will Kommunen, die ihr System umstellen, bis Ende 2023 mit 10,4 Millionen Euro entlasten. Das Gesetz ist aber noch nicht durch den Mainzer Landtag. Eine Experten-Anhörung dazu ist am kommenden Mittwoch im rheinland-pfälzischen Innenausschuss.

auf die Anlieger abzuwälzen“. Ralf Schönfeld, Verbandsdirektor von Haus und Grund, wirft der Ampelkoalition „Etikettenschwindel“ vor. „Anliegerbeiträge entsprechen nicht mehr dem Zeitgeist, weil alle Menschen auf Straßen fahren dürfen“, sagt er. Der Verband Wohneigentum spricht gar von einer „Ampel-Steuer“, die Anliegern entstehe. Von den Regierungsfractionen heißt es in einer gemeinsamen Stellungnahme: „Eine pauschale Prognose darüber, wie sich die Gemeindefraktionen in künftigen Abrechnungseinheiten verändern werden, kann niemand seriös treffen.“ Es komme dabei immer auf die tatsächlichen Verkehrsflüsse vor Ort an. Karl-Heinz Frieden, Geschäftsführer des rheinland-pfälzischen Gemeinde- und

Städtebundes, wirft dem Steuerzahlerbund eine „Milchmädchenrechnung und Verdummung der Leute“ vor. Die Straßenausbaubeiträge auf mehrere Schultern zu verteilen, sei eine „sozial verträgliche Lösung“, sagt Frieden und nennt ein Beispiel, wie Beiträge helfen könnten: Sein Heimatdorf Nittel im Landkreis Trier-Saarburg habe unter ihm als Ortsbürgermeister schon 1991 auf wiederkehrende Beiträge umgestellt. „In den 29 Jahren sind nahezu alle Straßen erneuert worden, was zur guten Entwicklung von Nittel beigetragen hat“, sagt Frieden. Es brauche nach wie vor Ausbaubeiträge, kommunale Straßen zu sanieren, von denen viele marode seien. Der Vulkaneifeler CDU-Landtagsabgeordnete Gordon Schnieder for-

dert wiederum, die Ausbaubeiträge abzuschaffen und Kommunen aus der Landeskasse zu entschädigen. Er sagt: „Die von der Ampelkoalition geplante Umstellung auf wiederkehrende Beiträge ist nicht mehr als ein teures Feigenblatt. Hier wird den Bürgern eine Entlastung vorgegaukelt, die es so nicht gibt.“ Bei wiederkehrenden Beiträgen drohten auch mehr Klagen von Anliegern, die nicht bereit seien, für den Straßenausbau zu zahlen. René Quante verweist auf eine wachsende Zahl an Bundesländern, die Anlieger beim kommunalen Straßenausbau gar nicht mehr zur Kasse bitten (siehe Extra). Der Geschäftsführer des Steuerzahlerbundes spottet: „Rheinland-Pfalz ist quasi das letzte Reservat für unbelehrbare Beitragsbefürworter.“